



Eine Broschüre über ihre Rechte erarbeiteten Kinder und Jugendliche mit Sozialpädagogen der Bonhoeffer-Häuser, jetzt in „kit jugendhilfe“, im Juli 2014.

Archivbild: Ulrich Metz

Auf dem richtigen Weg

Kinder Wie sehr berücksichtigen Stadt und Landkreis die Bedürfnisse junger Menschen? Einige Aspekte zum heutigen internationalen Tag der Kinderrechte. *Von Christiane Hoyer*

Mit Kindern der Bonhoeffer-Häuser haben Matthias Hamberger, Geschäftsführer von „kit jugendhilfe“ (ehemals Martin-Bonhoeffer-Häuser), und Kollegen im Jahr 2014 eine Broschüre über Kinderrechte herausgegeben, wie sie die UN-Kinderrechtskonvention 1989 rechtlich verbindlich festgeschrieben hatte. Rechte, die den Kindern und Jugendlichen besonders wichtig sind: Redefreiheit, Mit- und Selbstbestimmung, eine gute Ausbildung, körperliche und seelische Unversehrtheit, Gesundheit, gewaltfreie Erziehung, Gleichbehandlung, Privatsphäre und Freizeit.

Als „Schub nach vorne“ bewertet Matthias Hamberger den 2014 initiierten „Runden Tisch Kinderarmut“ und die entstandenen Hilfen und Angebote für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien unter dem Programm „gute Chancen für alle Kinder“. Federführend war und ist Elisabeth Stauber beteiligt – erst in ihrer Funktion als Familienbeauftragte, jetzt als städtische Fachbereichsleiterin Soziales. Hamberger, Mitglied beim Runden Tisch, sagt: „Es ist ein großer Fortschritt, dass in der kommunalpolitischen Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür entstanden ist, dass für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien das gleiche Recht auf Teilhabe gilt.“

Dieses und andere Rechte finden sich im „Tübinger Weg“ gegen Kinderarmut wieder. **Soziale und**

kulturelle Teilhabe am vielfältigen Stadtleben: Wichtigste Rückmeldung, so Stauber, ist, dass die städtische „Kreisbonuscard Junior“ (KBC) sehr stark angenommen werde. Laut Statistik lebten 2019 zum Stichtag am 31. Dezember 13 166 Kinder und Jugendliche in Tübingen. Davon besaß jedes sechste bis siebte Kind eine Kreisbonuscard – das sind 14,7 Prozent. Sie nutzten die damit verbundenen Angebote 1893-mal – das entspricht einer Steigerung von 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Auch bei der Kreisbonuscard extra für Kinder unter 18 Jahren, deren Eltern mit ihrem Familieneinkommen nur knapp über dem Sozialleistungsbezug liegen, gab es 2019 im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 59,6 Prozent (145 Kinder).

Existenzsicherung: Die von der Stadt bezuschussten Schülermonatskarten für den öffentlichen Nahverkehr haben seit der Einführung im Oktober 2016 „längst alle Erwartungen übertroffen“, sagt Stauber. Im Jahr 2019 hat die Stadt

7100 Monatskarten für Schüler mit KBC zum ermäßigten Preis von 10 Euro verkauft und dafür 194 375 Euro investiert. Das soll sich im neuen Jahr ändern, so Stauber. Dann sollen die Schülermonatskarten über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für die Betroffenen kostenlos sein. Zuständig ist dann das Landratsamt. Die Stadt Tübingen, so Stauber, werde dann nur die Tickets bezuschussen, bei denen die Schüler eine Förder-Ablehnung des Landkreises erhalten. Die Verhandlungen darüber mit der Kreisbehörde seien langwierig gewesen, so Stauber. Nun habe der Landkreis „seinen Kurs geändert“. Existenziell ist zudem das bezahlbare Wohnen für Familien mit kleinem Geldbeutel. Die städtische Clearingstelle Wohnen, so Stauber, habe da inzwischen erfolgreiche Arbeit geleistet – die Hälfte der als dringend eingestuften Fälle, denen eine bezahlbare Wohnung vermittelt werden konnte, waren Familien.

Recht auf Gesundheit: Eine kostenfreie Sprechstunde für Kinder und Familien bieten Stadt

und Landkreis vor Ort in den Unterkünften für Geflüchtete an. Das Angebot, so Stauber, werde sehr gut angenommen. Auch junge Mädchen kämen in die Sprechstunde.

Recht auf Bildung und Beruf: Patenschaften fürs Lernen wie „Leita“ (Lernen im Tandem) oder speziell für junge Migrantinnen und Migranten sind in Tübingen längst etabliert. Nicht vollständig ausgeschöpft werden die Zuschüsse für Nachhilfe über das BuT.

„Wir sehen uns als Lotsen für junge Leute.“

Michaela Wurzel, Ombudsstelle

Als „großen Erfolg“ werten Hamberger und Michaela Wurzel, dass es jetzt die Ombudsstelle Südwürttemberg mit Sitz in Tübingen gibt. Was als Projekt startete, ist seit Juli 2020 eine offizielle unabhängige Anlaufstelle für Eltern, Fachkräfte und Jugendliche. Das Sozialministerium hat dafür insgesamt vier Anlaufstellen in Baden-Württemberg geschaffen. Michaela Wurzel und Sibylle Silcher sind für den Regierungsbezirk Tübingen zuständig. Sie sehen sich als „Lotsen“ für junge Leute, die sich im Dschungel der Sozialleistungen zurechtfinden müssen, und als neutrale Berater, wenn es um Konflikte mit dem Jugendamt geht.

Siehe **Übrigens**

Ombudsstelle und Schülertickets

Die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 wurde inzwischen von 195 Staaten ratifiziert. Die USA zählen nicht zu diesen Staaten.

Kostenlose Schülermonats-Tickets für

2021: Schüler/innen mit Kreisbonuscard Junior stellen beim Landratsamt einen Antrag auf Bildung und Teilhabe: bildungspaket@kreis-tuebingen.de. Kontakt der **Ombudsstelle Südwürttemberg:**

Michaela Wurzel (0160/985 555 44); wurzel@ombudschaft-jugendhilfe-bw.de; Sibylle Silcher (0160/987 101 73); silcher@ombudschaft-jugendhilfe-bw.de.